

Neuigkeiten

I. Rechtsetzung

a) Inkraftsetzung

— Die Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen vom 30. November 2012 (CO₂-Verordnung; SR 641.711) wurde am 16. September 2019 wie folgt geändert: Die Anhänge 4a (Berechnung der individuellen Zielvorgabe) und 5 (Sanktionsbeträge bei Überschreiten der individuellen Zielvorgabe, Art. 13 Abs. 1 des CO₂-Gesetzes) der CO₂-Verordnung vom 30. November 2012 werden gemäss Beilage geändert. Diese Verordnung ist am 1. November 2019 in Kraft getreten (AS 2019 2959).

— Die Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV; SR 510.622.4) wurde am 20. September 2019 geändert. Mit der Teilrevision der Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen soll künftig eine klare Unterscheidung zwischen der Grundfunktion des Katasters und den Zusatzfunktionen gemacht werden. Der Auszug soll vereinfacht und auf die Beglaubigung verzichtet werden. Durch die Schaffung einer Rechtsgrundlage für Bundesbeiträge soll die Weiterentwicklung des Katasters gewährleistet werden. Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2020 in Kraft (AS 2019 3095).

— Das Bundesgesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte vom 22. Dezember 1916 (Wasserrechtsgesetz, WRG; SR 721.80) wurde am 22. März 2019 wie folgt geändert: Am 22. März 2019 hatte das Parlament das revidierte WRG verabschiedet. Bei dieser Revision ging es vorwiegend um Bestimmungen zum Wasserzins. An seiner Sitzung vom 13. September 2019 hat der Bundesrat eine Teilrevision der Verordnung über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte vom 2. Februar 2000 (Wasserrechtsverordnung, WRV; SR 721.801) verabschiedet, mit der die Zuständigkeiten des UVEK und des BFE klarer definiert und gegeneinander abgegrenzt werden. Die Referendumsfrist für dieses Gesetz ist am 11. Juli 2019 unbenützt abgelaufen. Der Bundesrat setzt das revidierte WRG und die WRV per 1. Januar 2020 in Kraft (AS 2019 3099; AS 2019 3103).

— Die Verordnung über die Gebühren des Bundesamtes für Umwelt vom 3. Juni 2005 (Gebührenverordnung BAFU, GebV-BAFU; SR 814.014) wurde am 27. September 2019 wie folgt geändert: Mit der revidierten Gebührenverordnung des BAFU können künftig hydrologische Daten gebührenfrei bezogen werden. Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2020 in Kraft (AS 2019 3129).

— Die Verordnung über den Umgang mit Organismen in geschlossenen Systemen (Einschliessungsverordnung, ESV; SR 814.912) wurde am 27. September 2019 wie folgt geändert: Das Thema Biosicherung wird gestärkt. Unter Biosicherung versteht

man den Schutz von Mensch, Tier und Umwelt vor einem missbräuchlichen Einsatz von krankheitserregenden oder schädlichen Organismen. Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert: 1. die Verordnung vom 25. August 1999 über den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Gefährdung durch Mikroorganismen vom 25. August 1999 (SAMV; SR 832.321) und 2. die Verordnung über den Umgang mit Organismen in der Umwelt vom 10. September 2008 (Freisetzungsverordnung, FrSV; SR 814.911). Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2020 in Kraft (AS 2019 3129).

— Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 23. Oktober 2019 Teilrevisionen der Verordnung über die Anforderungen an die Energieeffizienz serienmässig hergestellter Anlagen, Fahrzeuge und Geräte vom 1. November 2017 (Energieeffizienzverordnung, EnEV; SR 730.02), der Verordnung über die Förderung der Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien vom 1. November 2017 (Energieförderungsverordnung, EnFV; SR 730.03) und der Energieverordnung vom 1. November 2017 (EnV; SR 730.01) beschlossen. Diese bezwecken diverse Vereinfachungen und Präzisierungen bestehender Regelungen sowie Anpassungen gewisser Berechnungsgrundlagen. Dazu gehören unter anderem eine verständlichere und übersichtlichere Energieetikette für Personenwagen, eine leichte Senkung der Vergütungssätze für Photovoltaikanlagen, die aufgrund der weiterhin sinkenden Anlagenpreise erfolgt, sowie höhere Investitionsbeiträge für Grosswasserkraftanlagen, die ihre Speicherkapazität ausbauen. Letzteres soll insbesondere in den Wintermonaten zu einer verbesserten Versorgungssicherheit beitragen. Die revidierten Verordnungen treten am 1. Januar 2020 in Kraft (AS 2019 3465, 3469 und 3479).

b) Vernehmlassungen

— Anpassung der Verordnung zum Bundesgesetz über die Fischerei vom 21. Juni 1991 (VBGF; SR 923.01): Im Anschluss an die Erhebung von Daten zur Verbreitung der Fische und Krebse in der ganzen Schweiz muss ihr Gefährdungstatus in der VBGF angepasst werden. Fische und Krebse gehören zu den am stärksten bedrohten Tieren der Schweiz. Verschlechtert hat sich namentlich der Gefährdungstatus von Aal und Äsche. Am 15. Oktober 2019 hat das UVEK die Vernehmlassung zur Änderung des Gefährdungstatus von 23 Fisch- und Krebsarten eröffnet. Die Frist endet am 29.01.2020.

II. Ausgewählte BAFU-Publikationen

(Bezug bei Dokumentationsdienst BAFU, E-Mail: docu@bafu.admin.ch oder via Internet: <http://www.bafu.admin.ch/publikationen/index.html>)

— Gewässer aufwerten – für Mensch und Natur. Sieben Beispiele aus der ganzen Schweiz zeigen, wie Kantone und Gemeinden bei Revitalisierungsprojekten vorgehen, Reihe Umwelt-Information, Nr. UI-1707, 2019 (auch auf Französisch und Italienisch erhältlich): In der Schweiz werden immer mehr Flussabschnitte und Bachstrecken von ihren Verbauungen befreit und naturnah gestaltet d. h. revitalisiert. Diese Publikation zeigt anhand von sieben Fallbeispielen, wie Kantone und Gemeinden bei Revitalisierungen konkret vorgegangen sind. Es wird aufgezeigt, welche Faktoren wie zum Erfolg eines Projektes führten. Dabei werden auch mögliche Hürden auf dem Weg zu einer gelungenen Revitalisierung thematisiert.

— Anpassung an den Klimawandel – Pilotprogramm Phase II, Reihe Umwelt-Information, Nr. UI-1911, 2019 (auch auf Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich): Der Klimawandel schreitet voran, und die Schweiz muss sich daran anpassen. Der Bund hat dazu eine Strategie ausgearbeitet. Ziel ist es, Risiken zu minimieren und Chancen zu nutzen. Zur Anpassungsstrategie gehört auch ein breit angelegtes Pilotprogramm. Innovative Projekte unterstützen Kantone, Regionen und Gemeinden ganz konkret dabei, sich auf den Klimawandel einzustellen.

— Baulärm-Richtlinie. Richtlinie über bauliche und betriebliche Massnahmen zur Begrenzung des Baulärms gemäss Artikel 6 der Lärmschutz-Verordnung, Stand 2011, Reihe Umwelt-Vollzug, Nr. UV-0606, 2019 (auch auf Französisch und Italienisch erhältlich; nur PDF-Version vorhanden): Seit dem 2. Februar 2000 ist die Baulärm-Richtlinie in Kraft. Diese konkretisiert den Art. 6 der Lärmschutz-Verordnung vom 15. Dezember 1986. Darin wird das BAFU aufgefordert Richtlinien über bauliche und betriebliche Massnahmen zur Begrenzung des Baulärms zu erlassen.

— Erdbeben im Notfall- und Kontinuitätsmanagement. Hilfestellung für Infrastrukturbetreiber zur Überprüfung ihrer Vorsorge- und Notfallplanungen, Reihe Umwelt-Wissen, Nr. UW-1903, 2019 (auch auf Französisch erhältlich; nur PDF-Version vorhanden): Der Bund möchte das Erdbebenrisiko von Infrastrukturen generell reduzieren. Neben den präventiven Massnahmen spielen dabei Vorsorge- und Notfallplanungen zur Minimierung der Auswirkungen von Erdbeben eine zentrale Rolle. Diese Publikation zeigt auf, wie Infrastrukturbetreiber ihre Vorsorge- und Notfallplanungen hinsichtlich der Berücksichtigung von Erdbeben überprüfen können. Es werden dazu die notwendigen Grundlagen und Informationen über das Phänomen Erdbeben und über die Erdbebensicherheit von Infrastrukturen dargestellt.

— Hitze und Trockenheit im Sommer 2018. Auswirkungen auf Mensch und Umwelt, Reihe Umwelt-Zustand, Nr. UZ-1909 (auch auf Französisch und Italienisch erhältlich): Die Schweiz erlebte 2018 erneut einen aussergewöhnlich heissen Sommer. Mit einer durchschnittlichen Temperatur von 15,3 Grad in den Monaten Juni, Juli und August war er nach 2003 und 2015 der drittwärmste Sommer seit Messbeginn 1864. Auch die Niederschlagsmengen waren sehr gering. Im landesweiten Mittel fielen im Sommerhalbjahr von April bis September nur 69 Prozent der Normperiode 1981 bis 2010. Hitze und Trockenheit hatten gravierende Auswirkungen. Wegen der hohen Temperaturen waren ungefähr 200 Todesfälle mehr zu beklagen als in einem normalen Jahr. Im Wald hinterliess die Trockenheit deutliche Spuren. Vielerorts verfärbten sich die Laubbäume bereits im Juli. Mit dem Klimawandel dürften Verhältnisse wie in den Sommern 2003, 2015 und 2018 zum Normalfall werden.

III. Ausgewählte Studien und weitere Publikationen

— SEIBOLD S. / GOSSNER M. M. / SIMONS N. K. / BLÜTHGEN N. / MÜLLER J. / AMBARLI D. / AMMER C. / BAUHHUS J. / FISCHER M. / HABEL J. C. / LINSENMAIR K. E. / NAUSS T. / PENONE C. / PRATI D. / SCHALL P. / SCHULZE E.-D. / VOGT J. / WÖLLAUER S. / WEISSER W. W., Arthropod decline in grasslands and forests is associated with drivers at landscape level, Nature, <https://doi.org/10.1038/s41586-019-1684-3>.

— Lebensmittelverluste in der Schweiz: Umweltbelastung und Verminderungs-potenzial, Wissenschaftlicher Schlussbericht Oktober 2019, verfasst von CLAUDIO BERETTA / STEFANIE HELLWEG, ETH-Zürich. Weggeworfene, aber eigentlich essbare Nahrungsmittel belasten die Umwelt. Dies macht in der Schweiz 25 Prozent der Umweltbelastung der gesamten Ernährung aus. Zu dieser Erkenntnis kommt diese Studie der ETH Zürich. Mitberücksichtigt werden auch die Lebensmittelverluste, die wir mit dem Konsum importierter Produkte verursachen. Die Studie zeigt für 25 Lebensmittelkategorien, wo in der Wertschöpfungskette Lebensmittel verloren gehen und wie viel Umweltbelastung durch diese Verluste verursacht wird. Weitere Informationen sind zu finden unter: www.bafu.admin.ch > Themen > Thema Abfall > Publikationen und Studien > Studien.

— The Role of Atmospheric Carbon Dioxide Removal in Swiss Climate Policy. Fundamentals and Recommended Actions, verfasst von CHRISTOPH BEUTTLER / SONJA G. KEEL / JENS LEIFELD / MARTIN SCHMID / NINO BERTA / VALENTIN GUTKNECHT / NIKOLAUS WOHLGEMUTH / URS BRODMANN / ZOE STADLER / DARJA TINIBAEV / DOMINIK WLODARCZAK / MATTHIAS HONEGGER / CORNELIA STETTLER, Risk Dialogue Foundation, August 2019. Dieser Bericht ist das Ergebnis des Projekts «Stakeholderdialog zur Entfernung von Kohlenstoffdioxid aus der Atmosphäre (CDR)», welches die Stiftung Risiko-Dialog (SRD) zwischen März 2018 und Mai 2019 im Auftrag des BAFU durchführte. Ziel des Projekts war, zuerst in der Schweiz ansässige Stakeholder mit Expertise im Bereich CDR resp. mit direkter Betroffenheit von der Anwendung von CDR zu identifizieren, um danach gemeinsam Chancen und Risiken mit Fokus auf der Schweiz zu bestimmen. Weitere Informationen sind zu finden unter: www.bafu.admin.ch > Themen > Thema Klima > Publikationen und Studien > Studien.

— Einschätzung des Stands der Technik bezüglich Emissionsreduktionen in der Zementindustrie in der Schweiz und in den Nachbarländern, European Cement Research Academy (ECRA), Technischer Bericht, 26.09.2019. Die ECRA wurde von cemsuisse und dem BAFU beauftragt, den Stand der Emissionsminderung in der Zementindustrie für die Komponente NO_x sowie von Staub und Gesamtkohlenstoff darzustellen. Hintergrund für diese Aufgabenstellung sind aktuelle Bestrebungen der Umweltpolitik, den Emissionsgrenzwert für NO_x weiter abzusenkten. Ein entsprechender Vorstoss (Motion) wurde im Nationalrat im März 2018 abgelehnt. Der Bundesrat stellte aber eine Neuüberprüfung einer möglichen Absenkung des NO_x-Grenzwertes im Jahr 2020 in Aussicht. In dem vorliegenden Technischen Bericht bestand die Aufgabenstellung, zunächst die umweltrechtlichen Vorgaben für die Emissionen der genannten Luftschadstoffe in der Schweiz und in einzelnen europäischen Nachbarländern darzustellen. Weitere Informationen sind zu finden unter: www.bafu.admin.ch > Themen > Thema Luft > Publikationen und Studien > Studien.

— Apports vers le Doubs de polluants et nutriments à partir du bassin versant suisse, Bilan de Flux – Rapport final, auteurs: CHRISTIAN GÖTZ / NICOLAS FÜLLEMANN / JÜRIG SCHWEIZER, mars 2019. Objectif du modèle: 1. Prédire les flux de substances polluantes et de nutriments issues du territoire suisse arrivant dans le Doubs par source et substance, en fonction de l'occupation du territoire, en prenant en considération les principales sources d'apport ponctuelles et celles diffuses. 2. Quantifier les contributions respectives des différents apports. Weitere Informationen sind zu finden unter: www.bafu.admin.ch > Themen > Thema Wasser > Publikationen und Studien > Studien.

IV. Literatur zum nationalen Umweltrecht

- ABEGG ANDREAS / DÖRIG LEONIE, Energiekompass: Schritt für Schritt durch die Planungs- und Bewilligungsverfahren, in: Raum & Umwelt, Bern 2019, Nr. 3, S. 3–54.
- DE ROSSA GISIMUNDO FEDERICA, Nachhaltigkeit und Protektionismus im öffentlichen Beschaffungswesen, recht 2019, S. 166–179.
- FAVRE ANNE-CHRISTINE, La participation de la population en droit de l'environnement: un droit?, in: Etudes en l'honneur du Professeur Thierry Tanquerel: entre droit constitutionnel et droit administratif: questions autour du droit de l'action publique, Schulthess éditions romandes: Université de Genève, Faculté de droit, Genève 2019, p. 97–108.
- GRIFFEL ALAIN, Umweltrecht – in a nutshell, Dike Verlag, Zürich/St. Gallen 2019, 2. Auflage, ISBN 978-3-03891-140-1.
- HÄNER ISABELLE, Entwicklungen im Raumplanungs-, Bau- und Umweltrecht, SJZ 115/2019, S. 622–628.
- HEER PETER, Aktuelle Rechtsfragen zum ISOS, BR 2019, S. 189–193.
- HESSELHAUS SEBASTIAN / SCHREIBER MARKUS (Hrsg.), Energierechtstagung 2019, Schriften zum Energierecht (SzE), Band 12, Dike Verlag, 1. Aufl., Zürich/St. Gallen 2019, ISBN 978-3-03891-142-5.
- JANS DAGMAR, Das totalrevidierte Energiegesetz des Kantons Luzern: über Umwege zu einem modernen Gesetz, in: Energierechtstagung 2019, Dike Verlag, Zürich 2019, S. 19–37.
- MONTEROSSO MICHAEL WILLIAM, Law, risks and legal actors in the new climate regime, in: Recht und Risiko, Schulthess Verlag, Zürich 2019, p. 205–231.
- MÖLLER FABIAN / BAUMANN CLAUDIA, Abwicklung KEV – Einführung EVS, in: Energierechtstagung 2019, Dike Verlag, Zürich 2019, S. 99–130.
- MORGENBESSER MISCHA, Neue Energierechtsverordnungen: Knackpunkte bei der Anwendung, in: Energierechtstagung 2019, Dike Verlag, Zürich 2019, S. 1–18.
- SCHREIBER MARKUS, Rechtsprechung zur Photovoltaik: integrierte vs. angebaute Anlagen, in: Energierechtstagung 2019, Dike Verlag, Zürich 2019, S. 71–97.
- SÖZERMAN YASMINE, Planification des parcs éoliens, DC 2019, S. 194–197.
- TSCHIRKY NICOLE, «Altlasten» auf dem Grund des Zürichsees, Kommentar zu BGer 1C_17/2019 vom 29. Juli 2019, publiziert am 30. September 2019, dRSK: Monatsübersicht September 2019, Ausgabe 100.
- WIDMER IRÈNE, Solaranlagen auf Denkmalschutzobjekten, AJP 2019, S. 875–878.
- ZUFFEREY JEAN-BAPTISTE / BRAHIER JEAN-MICHEL / ROMY ISABELLE, 7. Umweltschutz, BR 2019, S. 294–302.
- ZUMBERHAUS MARION, Die Risiken für den Wald beim Um- und Ausbau des Stromnetzes, in: Recht und Risiko, Schulthess Verlag, Zürich 2019, S. 183–204.

V. Literatur zum internationalen und ausländischen Umweltrecht

Zeitraum September bis Oktober 2019; zusammengestellt von SEBASTIAN HESSELHAUS, Prof. Dr. iur., M.A., Luzern

1. Allgemeines Umweltrecht

- BUCHBERGER ELISABETH, Das Verbandsklagerecht der Umweltverbände – ein Streifzug, Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht 2019, S. 377 ff., ISSN 1612-4243.
- CALVET CORALIE / SALLES JEAN-MICHEL, Entre intégrité écologique et efficacité économique: analyse d'une politique d'absence de perte nette écologique, La Revue Juridique de l'Environnement 2019, Vol. 44, S. 517 ff., ISSN 0397-0299.
- ELLINGHAUS ULRICH, Wenn Kommunen planen: Schutz der Umwelt vor den oder durch die Gemeinden?, Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht 2019, S. 306 ff., ISSN 1612-4243.
- GROSS THOMAS, Verfassungsrechtliche Klimaschutzverpflichtungen, Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht 2019, S. 353 ff., ISSN 1612-4243.
- HOFMANN EKKEHARD, Landwirtschaft und Klimaschutz aus deutscher Sicht, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 2019, S. 1145 ff., ISSN 0721-880X.
- KAHL WOLFGANG, Nachhaltigkeit durch kommunale Abgaben: am Beispiel des Kampfes gegen Plastikmüll, Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht 2019, S. 3321 ff., ISSN 1612-4243.
- KLEMENT JAN HENRIK, Konsistenz und Kohärenz der Entsorgungsordnung: Perspektiven der Kreislaufwirtschaft zwischen Privatisierung und Verstaatlichung, Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht 2019, S. 327 ff., ISSN 1612-4243.
- KLINSKI STEFAN / KEIMEYER FRIEDHELM, Die Besteuerung von CO₂ und andere Umweltabgaben im Lichte des Finanzverfassungsrechts, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 2019, S. 1465 ff., ISSN 0721-880X.
- REIMER FRANZ, Strukturprobleme des Umweltverkehrsrechts am Beispiel der Klimaschutzregulierung des Strassenverkehrs, Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht 2019, S. 371 ff., ISSN 1612-4243.
- RIBOT CATHERINE, Évaluation environnementale et participations citoyennes, La Revue Juridique de l'Environnement 2019, Vol. 44, S. 535 ff., ISSN 0397-0299.
- ROUSSO ANNY, Le principe de solidarité écologique ou l'irruption de la science dans le droit, La Revue Juridique de l'Environnement 2019, Vol. 44, S. 481 ff., ISSN 0397-0299.
- SCHLACKE SABINE, Aktuelles zum Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 2019, S. 1392 ff., ISSN 0721-880X.
- WIELAND JOACHIM, Rechtsfragen einer CO₂-Bepreisung, Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht 2019, S. 366 ff., ISSN 1612-4243.
- WAGNER STEPHAN, Zum Verhältnis von Festlegungen der Raumordnung zum Immissionsschutz- und Emissionshandelsrecht, Zeitschrift für Umweltrecht 2019, S. 522 ff., ISSN 0943-383X.

2. Mediales Umweltrecht (Boden, Klima, Luft, Wasser)

— DURNER WOLFGANG, Verfassungsfragen landesgesetzlicher Fracking-Verbote: Am Beispiel der «Volksinitiative zum Schutz des Wassers» des Landes Schleswig-Holstein, Zeitschrift für Deutsches- und Europäisches Wasser-, Abwasser- und Bodenschutzrecht 2019, S. 143 ff., ISSN 2195-2329.

— FUNKEN JOHANNES, Die Finanzierung der ökologischen Gewässerunterhaltung durch die Wasser- und Bodenverbände (Teil 1), Zeitschrift für Deutsches- und Europäisches Wasser-, Abwasser- und Bodenschutzrecht 2019, S. 173 ff., ISSN 2195-2329.

— WITTENSTEIN SUSANNA, Vergabe von Trinkwasserkonzessionen – die Bereichsausnahme auf dem Prüfstand, Zeitschrift für Deutsches- und Europäisches Wasser-, Abwasser- und Bodenschutzrecht 2019, S. 168 ff., ISSN 2195-2329.

3. Naturschutzrecht

— DEJEANT-PONS MAGUELONNE, La Convention européenne du paysage du Conseil de l'Europe: pour une approche paysagère de la gestion durable de la biodiversité, La Revue Juridique de l'Environnement 2019, Vol. 44, S. 505 ff., ISSN 0397-0299.

— PRIEUR MICHEL / VASSALLO LAURENT, Le principe de non-régression et la biodiversité, La Revue Juridique de l'Environnement 2019, Vol. 44, S. 499 ff., ISSN 0397-0299.

VI. Varia

— Genf erlässt als erster Kanton (partielle) Fahrzeugbeschränkungen bei Erreichung bestimmter Immissionsgrenzwerte für PM10, Ozon und Stickoxide. Die Regelung tritt am 15. Januar in Kraft. Wer motorisiert in Genf fahren will, muss bis März beim Genfer Strassenverkehrsamt die Umweltplakette für 5 Fr. kaufen. Mit ihrer «Stick'Air» genannten Einteilung lehnt sich die Genfer Regierung ans französische System «Crit'Air» mit denselben Emissionsklassen an. Wie oft ein Fahrverbot verhängt werden wird, ist noch nicht absehbar. Letztes Jahr erreichte die Belastung an gut einem Dutzend Tagen bedenkliche Ausmasse. Zudem sieht die Regierung Begleitmassnahmen vor: An Tagen mit Fahrverboten soll auf der Autobahn Tempo 80 gelten. Und der öffentliche Verkehr soll an solchen Tagen im Perimeter gratis sein. Weitere Informationen sind zu finden unter: <https://www.ge.ch/stick-air-circulation-differenciee>. Dazu auch die Antwort des Bundesrates vom 16. Mai 2018 auf die Interpellation von Peter Schilliger (Geschäftsnummer 18.3271).

— Klimawandel bedroht Schienen, Strassen und Stromversorgung: Mit dem Klimawandel nehmen Hitzeperioden, Steinschläge und Felsstürze zu – und damit die Schäden an Schienen und Strassen. Gleichzeitig sinken durch höhere Temperaturen und Trockenheit die Einnahmen der Wasserkraftwerke. Diese Entwicklung kann mittelfristig bis zu eine Mia. Fr. pro Jahr kosten. So lautet das Resultat einer Studie, welche das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) am diesjährigen Infrastrukturtag in Zürich vorgestellt hat. Bundesrätin Simonetta Sommaruga kündigte einen Aktionsplan an, der darauf abzielt, die Infrastrukturen vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Es sei zudem unerlässlich, die CO₂-Emissionen mit einem Zuwachs bei den erneuerbaren Energien deutlich zu senken, sagte die UVEK-Vorsteherin. Weitere Informationen sind zu finden unter: www.bafu.admin.ch > Publikationen, Medien > Medienmitteilung vom 10.10.2019.

